

KLARTEXT!

www.npd-mv.de



DIE STARKE STIMME DER EINHEIMISCHEN



MARIANNE PASTÖRS | ABGEORDNETE IM KREISTAG

VOLLER EINSATZ FÜR DIE FAMILIEN



Bei der in der Vergangenheit geführten Quotendebatte geht es um „Frauen in Führungspositionen“, deren „Macht“ bis 2020 auf 40 Prozent in Aufsichtsräten steigen soll. Für Berufe im Handel, Sozialberufe, Dienstleistungen oder Verwaltung ist eine Quote nicht vorgesehen. Diese Berufe werden nach wie vor schlechter bezahlt als „typische Männerberufe“ in der Industrie oder technische Berufe.

Die NPD-Fraktion im Kreistag

Ludwigslust-Parchim hingegen vertritt die Auffassung, daß wir keine Quoten brauchen, sondern:

- sichere und gerecht entlohnte Arbeitsplätze,

- Maßnahmen, welche Familien unterstützen und die Mutterschaft wieder würdigen (Müttergehalt),

- eine Politik, welche die Verschiedenartigkeit der Geschlechter nicht wegredet, sondern anerkennt; Frauen dürfen nicht zu besseren Männern gemacht werden,

- eine Altersrente für Mütter, welche durch den Staat zu sichern ist.

Die kleinste Gemeinschaft innerhalb unseres Volkes ist die Familie. Auf ihr fußen Volk und Staat, weshalb den deutschen Familien auch die besondere Zuwendung und Fürsorge des Staates zuteil

werden muß. Hier hält sich der Landkreis selbst in kleinen Fragen mehr als zurück. Wer behauptet, Familienpolitik sei ausschließlich an die Bundespolitik gekoppelt, ist ein Blender.

Unserem Landkreis würden einige Möglichkeiten der Familien- und Mütterförderung zur Verfügung stehen. Doch hierfür ist ein Mindestmaß an Heimatliebe und Volksverbundenheit gefragt. Denn die besondere Bedeutung der Familie für die Zukunftsfähigkeit unseres Volkes wird angesichts der katastrophalen Bevölkerungsentwicklung von den etablierten Parteien scheinbar nicht gesehen. Hier heißt es, den Finger in die Wunde zu legen und auch auf kommunaler Ebene volkstreu Politik in die Parlamente zu tragen.

Unsere Kommunalvertreter werden daher auch in Zukunft alles dafür tun, um Familien und junge Mütter in den Mittelpunkt zu stellen.

MEHR INVESTITIONEN IN KREISSTRASSEN

Jeder Autofahrer in Westmecklenburg kennt die Probleme auf unseren Straßen. In allen Ecken unseres Landkreises gibt es Bereiche, an denen Schlagloch an Schlagloch, kilometerlang eingerissene Fahrbahndecken oder abgesenkte Fahrbahnbegrenzung zur Normalität geworden sind.

Der Landkreis investiert seit vielen Jahren viel zu wenig in die Erhaltung der Infrastruktur und des Straßennetzes.

Nicht zuletzt durch den Druck der NPD-Fraktion werden für 2014 etwas mehr Investitionen in unsere Kreisstraßen eingeplant. Doch ausgeglichen werden können die Versäumnisse damit noch nicht.

Die Folge ist ein massiver Investitionsstau, Vernachlässigung und ein enormer Werteverlust Jahr für Jahr beim Kreisstraßennetz, der dauerhaft nicht ausgeglichen werden kann.

Die Schäden, welche durch bereits defekte und nicht reparierte Straßen entstehen, treiben die Kosten zusätzlich in die Höhe.



Drauf zahlt am Ende wieder der kleine Mann. Zum einen als Anwohner, wenn durch die Straßenbeschädigung auch Schäden an den Wohnhäusern entstehen, oder mit Anliegerbeiträgen, wenn die Straßen infolge der nicht geleisteten Reparatur erneuert werden müssen. Am Ende zahlt jeder, der auf ein eigenes Fahrzeug angewiesen ist, für die Schäden an seinem Auto.

Der Landkreis spart auf Kosten der Bürger, dies muß ein Ende haben. Die NPD wird wieder das Thema Straßenbau auf die Tagesordnung bringen.

ANDREAS THEIBEN | NPD-Fraktionsvorsitzender im Kreistag

NATIONALE OPPOSITION IM KREISTAG WICHTIGER DENN JE

Die NPD-Fraktion deckte durch konsequentes und gezieltes Anfragen auf, daß der Landkreis Ludwigslust-Parchim durch den ungebremsten Zugang von Fremden vollkommen überfordert ist. So mußte der stellvertretende Landrat Schmülling auf der Sitzung des Kreistages am 30.08.2013 eingestehen, daß der Landkreis nicht mehr aus eigener Kraft die Betreuung dezentral untergebrachter Asylanten gewährleisten kann und externe Hilfe in Anspruch nehmen muß.

Die Kosten für diese externe Hilfe trug offensichtlich das Land Mecklenburg-Vorpommern. Sehr zur Freude der Überfremdungslobbyisten, denn diese konnten damals in den Genuß von weiteren Steu-

ermitteln kommen und verdienen augenscheinlich recht gut daran.

Das dieses, bis dahin hinter verschlossenen Türen und in Hinterzimmerverhandlungen durchgeführte Gebaren an das Licht der Öffentlichkeit gelangte, ist unter anderem der Verdienst achtsamer NPD-Vertreter. Gleichzeitig mußte Schmülling zugeben, daß die beiden Asylantenheime im Landkreis voll belegt waren und der Landkreis weiter mit stark steigenden Asylantenzahlen rechnen muß.

Die Landkreisverwaltung vermied es bis dahin vollkommen, übrigens Hand in Hand mit den systemtreuen Medien und den anderen Fraktionen im Kreistag,

die Öffentlichkeit darüber in Kenntnis zu setzen.

Die steigenden Asylanten- und Flüchtlingszahlen führten dazu, daß der Landkreis weitere Quartiere für Fremde einrichtete und noch einrichten wird. Aus Angst vor Bürgerprotesten wurde dabei immer streng auf die Geheimhaltung geachtet und die Menschen vor Ort schließlich mit den Problemen ohne Vorwarnung konfrontiert.

Ausschließlich die NPD sorgt für Informationen über die Asylproblematik vor Ort und nur eine starke NPD-Fraktion wird auch in Zukunft diese Machenschaften aufdecken.





GILDO JAUGITZ

- Jahrgang 1974
- ledig, 1 Kind
- Tiefbauer

• **Kandidiert für:**

- Stadtvertretung Sternberg
- Kreistag



STEFAN SUHR

- Jahrgang 1979
- verheiratet, 2 Kinder
- Angestellter

• **Kandidiert für:**

- Gemeindervertretung Dabel
- Kreistag



KLAUS BÄRTHEL

- Jahrgang 1938
- verheiratet, 1 Kind, 2 Enkel
- Speditionskaufm. / Rentner

• **Kandidiert für:**

- Stadtvertretung Ludwigslust

+++ KANDIDATEN ZUR KOMMUNALWAHL 2014 +++ KANDIDATEN ZUR KOMMUNALWAHL 2014 +++ KANDIDATEN ZUR KOMMUNALWAHL 2014 +++

„ERNEUERBARE ENERGIE“

WIE „REGENERATIVE ENERGIEN“
DIE BEWOHNER ENTZWEITEN!

Wer möchte in seinem Garten schon ständig das Rotieren der Blätter einer Windkraftanlage hören? Oder einer überdimensionierten „Biogasanlage“ ausgesetzt sein? Konkret: Wer möchte in seiner unmittelbaren Wohnumgebung einen Windpark oder eine „Biogasanlage“ haben? Kaum ein Thema entzweit die Bewohner in den Gemeinden gegenwärtig mehr, als die Diskussion über die Einrichtung weiterer Windkraftanlagen und/oder „Biogasanlagen“. Auf der einen Seite stehen die Befürworter eines Energiewandels und jene, die ihre finanzielle Existenz mit dem Betreiben einer entsprechenden Anlage verbinden. Und auf der anderen Seite sehr viele Bürger, die keinen Gefallen an einer solchen Anlage in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung finden oder gesundheitliche Gefahren für sich und andere befürchten.

Die Kommerzialisierung der Energieversorgung ist das eigentliche Problem. Neben Brandenburg ist Mecklenburg-Vorpommern jenes Bundesland, in dem die Verbraucher die höchsten Strompreise zu zahlen haben. Ursache Nummer eins sind



die große Anzahl von Windrädern und die damit verbundenen Kosten für den Ausbau der Stromnetze. Diese Kosten haben wir Verbraucher zu bezahlen. Im Januar 2014 bekräftigte der Kreistag mit Unterstützung der NPD-Fraktion und gegen den Willen von SPD und Grüne seine Forderung, daß für Windkrafteneignungsgebiete schärfere Kriterien gelten müssen.

Nur durch eine starke Präsenz der NPD im Kreistag ist sichergestellt, daß das Wohl der Bürger auch künftig bei Entscheidungen des Kreistages nicht außer Acht bleibt!

Im Jahr 2012 sind 1.081.000 Personen nach Deutschland eingewandert. Etwa 966.000 Einwanderer waren Fremde, die übrigen 115.000 waren Spätaussiedler und deutsche Rückkehrer aus dem Ausland. Unter dem wohlklingenden Begriff der „Arbeitnehmerfreizügigkeit“ öffnete Deutschland Anfang 2014 seinen Arbeitsmarkt auch für Rumänen und Bulgaren. Bereits 2011 warnte der SPD-Genosse Heinz Buschkowsky vor den künftigen Sozialtouristen aus diesen Ländern und den damit verbundenen Problemen.

Illegale Matratzenlager, schulpflichtige Kinder ohne Deutschkenntnisse, Dumpinglöhne, Schwarzarbeit und zugemüllte Hinterhöfe, das sind die multikulturellen Bereicherungen in den deutschen Großstädten. Schon jetzt ist aus den Berichten des Deutschen Städtetages zu entnehmen, daß die Fremden unmittelbar nach der Einreise hohe Kosten im Bereich der Gesundheitsfürsorge auslösen. Kriminalität, Bettelei und Prostitution nehmen zu und die Ämter registrieren einen starken Anstieg von Scheingewerbeanmeldungen. Einen unvollständigen Überblick über die Gewalttaten von Ausländern gegenüber Deutschen finden Sie unter:

www.deutscheopfer.de

Wir, als volkstreue Deutsche, sagen ganz klar, daß die Armutsprobleme in der Welt nicht in Zentraleuropa durch das Zulassen von Zuwanderung aus aller Herren Länder gelöst werden können.

Die Oberdemokraten von SPD, CDU, Linke und Grüne sprechen auch hier im Kreis immer wieder von kultureller Bereicherung durch Fremde, würden es aber persönlich niemals gutheißen, daß in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld Asylantenheime errichtet werden. Ich habe viele Jahre in Dortmund und Hamburg gearbeitet und dabei persönlich erlebt, wie es sich anfühlt, fremd im eigenen Land zu sein. Solche



Zustände wollen wir in Mecklenburg-Vorpommern verhindern.

Die Herrschenden sind durch das Zulassen einer ungehemmten Zuwanderung in unsere Sozialsysteme dabei, die Haushalte von Städten und Gemeinden komplett zu ruinieren.

Wir von der NPD wollen, daß Deutschland das Land der Deutschen bleibt, und wenden uns daher gegen diese Ausländerpolitik.

**WIR SIND NICHT DAS
SOZIALAMT DER WELT!**



ANNEMARIE BÄRTHEL | KANDIDATIN ZUR KOMMUNALWAHL

DIE ZUKUNFT MUSS UNSEREN KINDERN GEHÖREN

Laut Prognose des Landkreises Ludwigslust-Parchim vom 19.07.2012 nimmt die Zahl der Geburten in den nächsten Jahren im Landkreis um etwa 51 % ab.

Da die Politik der selbsternannten Demokraten im Landkreis stark in die der Bundespolitik eingebettet ist, kann man auch hier nur vom blanken Versagen sprechen. Der beste Wertmesser für gesunde Politik im Sinne des Volkes ist schon immer die Geburtenrate gewesen.

Eine Regierung, die nicht in der Lage dazu ist, jungen Menschen Perspektiven zu geben und meint, den daraus resultierenden Geburtenschwund durch Zuzug Fremder ausgleichen zu können, gehört abgewählt! Der Protest dagegen beginnt hier in

unserem Landkreis! Die Jugend an die Heimat zu binden, ist nicht allein Aufgabe der Wirtschaft, da diese die Existenz in der Heimat erst ermöglicht, sondern auch der alltägliche Umgang mit diversen Grundwerten.

Wie sieht es in unserer Gesellschaft mit Heimatliebe, Familiensinn, Einsatzbereitschaft oder auch Kinderfreundlichkeit aus? Diese Dinge werden als störend, veraltet und überflüssig abgetan.

Aufgabe der Politik muß es auch sein, der Jugend den Wert der Heimat zu vermitteln und ihnen natürlich zu ermöglichen, in ihrer Heimat ohne Existenzängste zu leben.

Doch derzeit scheint die Politik ihre Kraft ausschließlich für Minderheiten jeglicher Art (Homosexuelle, Asylanten usw.) einzusetzen.

Sie glauben das nicht? Dann sehen Sie sich mal genauer um! Geht es jungen Familien in Mecklenburg durchschnittlich gut? Erhalten unsere Kinder in den Erziehungsstätten ordentliches Essen? Kann man sich die Mitgliedschaft der Kinder im Musik- oder Sportverein noch leisten? Haben werktätige Väter Zeit für ihre Familien oder leben sie nur noch, um für einen Hungerlohn zu arbeiten? Werden unsere jungen Mütter, beispielsweise durch ein Müttergehalt wie die NPD es fordert, unterstützt?

Wir sind der Überzeugung, daß es auch anders gehen kann. Wer behauptet, es sei kein Geld für unsere Ideen vorhanden, der sollte sich nur einmal nach den



Ausgaben für die Unterbringung von Asylanten erkundigen oder nach der Fördermittelhöhe für linksextreme Initiativen fragen.

Sie wissen nicht wie und wo? Die NPD hat seit vielen Jahren ein Auge auf die volksfeindliche Politik der selbsternannten Demokraten. Auch in Zukunft soll das so sein, doch dazu brauchen wir Ihre Unterstützung. Möglichkeiten dazu gibt es viele. Eine ist die Kommunalwahl am 25. Mai 2014!



SPENDEN AUCH SIE!

Institut: Sparkasse Mecklenburg-Schwerin
IBAN: DE 64140520001713836722
Verwendungszweck: Spende



MICHAEL GREWE

- Jahrgang 1968
- verheiratet, 4 Kinder
- Angestellter

• Kandidiert für:

- Gemeindevertretung Teldau
- Kreistag



TORGAI KLINGEBIEL

- Jahrgang 1973
- verheiratet, 4 Kinder
- Malermeister

• Kandidiert für:

- Stadtvertretung Lübtheen
- Kreistag



RENEE PIETSCH

- Jahrgang 1968
- ledig
- Zerspaner

• Kandidiert für:

- Stadtvertretung Lübtheen

+++ KANDIDATEN ZUR KOMMUNALWAHL 2014 +++ KANDIDATEN ZUR KOMMUNALWAHL 2014 +++ KANDIDATEN ZUR KOMMUNALWAHL 2014 +++

KOMMUNALWAHL 2014: IST DER VERBOTSANTRAG EIN HINDERNIS?

Der Bundesrat hat beim Bundesverfassungsgericht den Antrag auf ein NPD-Verbot eingereicht und nach eigenem Bekunden mit reichlich Material, welches die Verfassungsfeindlichkeit der NPD untermauern

Sollten die selbsternannten Wächter der Demokratie mit ihrem Verbotsantrag durchkommen, hätte das zwar für unsere Organisationsstruktur negative Folgen, der Schaden für die BRD mit ihrem Gefasel von



soll, belegt. Wie die stichfesten Belege aussehen? Lesen Sie selbst:

Beleg 55: „Brüssel hat Europa in Misskredit gebracht.“

Beleg 86: „Wir fordern eine Demokratie im besten Sinne, in der alles am Prinzip Volkserhalt ausgerichtet ist. (Udo Pastörs)“

Beleg 154: „Unsere Kinderfeste bringen die Herrschenden zum Schwitzen und die Kinder zum Lachen.“

Kein Wunder, daß sich Bundestag und Bundesregierung angesichts solchen Materials dem Verbotsantrag nicht angeschlossen haben.

Menschenrechten, Meinungsfreiheit und Toleranz wäre allerdings größer.

Für die volkstreuen Politiker käme das Verbot zu spät. Wir haben die vergangenen Jahre genutzt, um viele unserer Leute in ihren Regionen bekannt zu machen. Sie werden als Vertreter einer nationalen Alternative sichtbar bleiben.

Wenn die BRD-Oberen aufgrund zahlreicher Dummheiten (Asylflut, Eurowahnsinn) ins Taumeln geraten, werden unsere Politiker dennoch als Alternative vor Ort wirken können. Auf diese Weise wollen wir dieses politische System beerben und nicht auf aggressiv-kämpferische Art und Weise.

ARGUMENTE STATT VERBOTE

JETZT WIRD ERST RECHT VOLKSTREU GEWÄHLT!

MEHR EINSATZ FÜR UNSER RADWEGENETZ

„Gesprungen wie ein Tiger, gelandet wie ein Bettvorleger“, so muß man als Radfahrer denken, wenn man das Ergebnis beim Radwegebau innerhalb des Landkreises Ludwigslust-Parchim betrachtet. Große Pläne wurden von den Verantwortlichen der Kreis- und Landesverwaltung geschmiedet, verwirklicht wurde jedoch nur ein Bruchteil.

Wenn man sich beispielsweise das Ende des Radweges entlang der L06 von Lübtheen in Richtung Dömitz ansieht, wird einem Angst und Bange. Dort werden die Radfahrer in einer höchst gefährlichen Art und Weise auf die stark befahrene Landstraße geführt. Jeder Versuch, an dieser Stelle auf die Straße zu gelangen, ist lebensgefährlich. Ähnliche Stellen gibt es auch in anderen Orten des Landkreises. Die NPD fordert,

die Pläne des Radwegebaus schneller und energischer umzusetzen und auszubauen. Wir fordern den Landrat und seine Verwaltung auf, sich nicht von der Landesregierung mit „halben Zusagen“ und einem schlecht ausgeführten Radwegebau abspeisen zu lassen! Unsere Kreistagsfraktion wird

auch weiterhin offene Augen und Ohren haben, um die Interessen der Bürger unseres Kreises in den Kreistag einfließen zu lassen. Dazu ist allerdings auch Ihre Zuarbeit gefragt.

Gemeinsam für ein umfassendes und sicheres Radwegenetz in unserem Kreis!



© Didi01 / pixello.de

DIE KLEINE ANFRAGE ALS WAFFE DES BÜRGERS NPD-FRAKTION SORGT FÜR TRANSPARENZ IM PARTEIENFILZ

Die Mitglieder unserer Kreistagsfraktion haben, wie andere Kreistagsabgeordnete auch, die Möglichkeit, sogenannte Anfragen an den Landrat und seine Verwaltung zu stellen. Diese sind dann verpflichtet Antwort zu geben.

Da die selbsternannten Demokraten im Kreistag viel Wert darauf legen, die Öffentlichkeit möglichst aus den Kreistagssitzungen rauszuhalten, bietet sich für die Bürger oftmals nur noch der direkte Draht zu den Kreistagsabgeordneten an, um Fragen an den Kreistag zu richten.

Weil kaum ein Bürger die praktische Möglichkeit hat seine Fragen auf den Kreistagssitzungen


vorzubringen, sind wir als volkstreu Vertreter der Bürger gern bereit, diese Aufgabe zu übernehmen und Ihre Themen in die Kreispolitik einzubringen. Die zuständigen Stellen sind dann verpflichtet, in einem gewissen Zeitraum auf die Anfrage zu antworten.

Wenn Sie also Probleme oder Sorgen haben, nehmen Sie Kontakt zu unserem Fraktionsgeschäftsführer Sebastian Richter auf. Er kümmert sich um Ihr Anliegen.


Sie erreichen ihn und unsere



Abgeordneten per Telefon, E-Post oder gern auch in unserem Kreistagsbüro.

 **Büro der NPD-Kreistagsfraktion**
Ernst-Thälmann-Platz 1
19249 Lübtheen

 **0174 - 9 55 25 75**

 **kreistagsfraktion-swm@npd-mv.de**



SVEN GRÜNWALD

- Jahrgang 1985
- ledig
- Unternehmer
- parteilos

• Kandidiert für:

- Gemeindevertretung Dobbertin



SVEN UTERHARDT

- Jahrgang 1966
- ledig
- Schäfer

• Kandidiert für:

- Stadtvertretung Boizenburg
- Kreistag



SIEGFRIED WANZENBERG

- Jahrgang 1960
- verheiratet, 3 Kinder
- Maurermeister
- parteilos

• Kandidiert für:

- Kreistag

+++ KANDIDATEN ZUR KOMMUNALWAHL 2014 +++ KANDIDATEN ZUR KOMMUNALWAHL 2014 +++ KANDIDATEN ZUR KOMMUNALWAHL 2014 +++

UDO PASTÖRS | ABGEORDNETER IM KREISTAG UND LANDTAGSABGEORDNETER

DIE KOMMUNE SOLL'S RICHTEN

ENERGIEWENDE WIRD ZUR BELASTUNG - NICHT NUR FÜR DIE STROMKUNDEN

Es war ein Paukenschlag, als vor drei Jahren die Bundesregierung beschloß, komplett aus der Atomenergie auszusteigen und unter dem Schlagwort „Energiewende“ voll auf Solar- und Windenergie zu setzen. Ohne eine gesamteuropäische Konzeption erarbeitet zu haben, machte sich die Kanzlerin auf den Weg, ein Projekt durchzuführen, dessen Dimensionen allgemein unterschätzt wurden. Vieles wurde versprochen, von einem komplett neuen Industriezweig, der Hunderttausende von Arbeitsplätzen schaffen würde, war die Rede, von drastisch sinkender Umweltbelastung durch das Abschalten von Kohlekraftwerken ebenso.

Doch wie sieht die Realität nach drei Jahren aus? Eine annähernden Verdoppelung der Strompreise für den Kleinkunden mit 26 ct/kWh stehen im Schnitt 15,1 ct/kWh gegenüber, die die Industrie zu zahlen hat. Allein im letzten Jahr hat sich die Stromgewinnung aus Kohlekraftwer-

ken sogar noch gesteigert, weil Wind- und Solarenergie logischerweise nur dann zur Verfügung stehen, wenn der Wind weht und die Sonne scheint. Aber was bedeutet dies für die Kommunen vor Ort?

Die Bürgermeister in ihren Gemeinden sehen sich einer zunehmenden Ablehnungsfront gegenüber, wenn es um die Einrichtung sogenannter „Windparks“ geht. Zu Recht wehren sich die Bürger, wenn man ihnen gigantische Windradanlagen direkt vor ihre Haustür setzt, deren Profit über den Strompreis direkt in die Taschen sogenannter „WindparkBetreibergesellschaften“ fließt oder als hochrentable Einnahmequelle von Agrar-gossenschaften und Privatpersonen genutzt wird. Daran wird auch das von der Landesregierung geplante Beteiligungsgesetz nichts ändern. Denn wer von den Bürgern oder Kommunen hat das Kapital, hier in nennenswertem Umfang einzusteigen?

Auch europapolitisch wird der bundesdeutsche Alleingang Angela Merkels immer mehr zum Ärgernis. So sind z. B. die Tschechen zukünftig nicht mehr bereit, ihre Leitungsnetze bei Spitzenwerten der Energieerzeugung als Leitungsreserve zur Verfügung zu stellen, weil sie befürchten, daß dadurch ihr eigenes Stromnetz durch Überlastung zusammenbrechen könnte.

Neben der CDU und SPD sind es jedoch in erster Linie auch die Grünen, die der totalen Ausplünderung des Endverbrauchers das Wort reden. Neben den berühmten 5,- € für den Liter Benzin blenden die selbsternannten Naturschützer die ökologischen Folgen der sogenannten Energiewende komplett aus. Weder die Monokultur durch Biogasanlagen und die damit einhergehende Auslaugung der Böden noch die in gigantischem Ausmaß erforderliche Abholzung von Wäldern zur Errichtung der Hochspannungsleitungen von Nord nach Süd spielen da offensichtlich eine Rolle.



Die Energiewende auf dem Rücken der Kleinverbraucher zu finanzieren, wird scheitern! Und auch industriepolitisch ist das Vorgehen der Berliner Regierung verantwortungslos. Schon jetzt zahlen die, im internationalen Wettbewerb stehenden, deutschen Unternehmen trotz Sonderregelungen und Rabatten, für Energie im Schnitt 100% mehr als

in Frankreich. Der Sofortausstieg war ein Kardinalfehler in der Energiekonzeption für die BRD. Nur ein geordneter Rückzug und die Wiedereinführung des Konzeptes, Atomenergie als Brückentechnologie zu nutzen, wird langfristig die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft sichern können.

NPD TRIFFT INS SCHWARZE - PARTEIENFILZ AUFDECKEN!

Die einzige Fraktion im Kreistag von Ludwigslust-Parchim, welche mehr Licht in die komplizierten Entscheidungsprozesse des neu entstandenen Großkreises bringen will, ist und bleibt die NPD.

Mehrfach hatte die NPD-Fraktion beantragt, die öffentlichen Sitzungen des Kreistages im Internet zu übertragen. Denn kaum ein Bürger, der sich für einzelne Themen des Kreistages interessiert, hat tatsächlich die Möglichkeit an solch einer Sitzung teilzunehmen. Dazu sind die Wegstrecken schlicht und ergreifend zu weit oder die Sitzungszeiten für normale Arbeitnehmer unmöglich einzuhalten.

Immer wieder wurden diese Anträge teilweise mit obskuren Begründungen abgelehnt, wie: „Manch einem Vertreter fehlt die Möglichkeit, sich fehlerfrei

auszudrücken“, so einmal die Kreistagspräsidentin Gisela Schwarz (SPD). Schnell könnte da die Vermutung aufkommen, es gäbe etwas zu verheimlichen.

Die Öffentlichkeit und somit die Bürger sollen offenbar nur das erfahren, was die Medien zwei Tage später in der Zeitung berichten oder was offensichtlich der Selbstdarstellung, des feinen Herrn Landrat Christiansen dient. Insgeheim wollen die Superdemokraten doch lieber im Verborgenen handeln. Der Bürger wird für diese Gegner der Volksherrschaft erst wieder interessant, wenn Wahlen anstehen. Danach handeln sie wieder nach der Devise: „Aus den Augen, aus dem Sinn“.

Es wird Zeit, daß diese Damen und Herren vom Volke ins politische Aus gestellt werden!



Nach wie vor ist die NPD der berüchtigte Stachel im Fleisch des Systems, besonders während der Sitzungen des Kreistages Ludwigslust-Parchim.

Auf jeder Tagung stellen die volkstreuen Abgeordneten mehrere Anträge und beweisen, daß es Alternativen zum derzeitigen Chaos gibt. Nebenstehend finden Sie einen Auszug der Initiativen.

UNVOLLSTÄNDIGER AUSZUG AUS DEN KREISTAGSINITIATIVEN DER NPD, WELCHE ALLESAMT ABGELEHNT WURDEN:

Rundfunkgebührenabzocke – **Landkreis Ludwigslust-Parchim zahlt keinen Cent mehr als bisher!**

Direktübertragung der Kreistagssitzungen im Internet!

Resolution zur Sicherstellung des Radwegebaus im Landkreis!

Resolution zur Einsatzfähigkeit der Feuerwehren

Nachhaltige Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis

Nachhaltige Energiepolitik im Landkreis Ludwigslust-Parchim

Name	
Vorname	
Straße, Nr.	
PLZ, Ort	
E-Post	@
Telefon	

- ☐ Ich bitte um kostenlose Übersendung von Informationsmaterial.
- ☐ Ich möchte Mitglied der NPD werden (ab 16 Jahre).
- ☐ Ich möchte die NPD als passives Fördermitglied regelmäßig finanziell unterstützen.
- ☐ Ich möchte Mitglied der JN werden (ab 14 Jahre).

Informationsgutschein einsenden an:

**NPD-Kreisverband
Westmecklenburg**

Rudolf-Breitscheid-Straße 2
19249 Lübtheen

 www.npd-mv.de
www.facebook.com/npdmup

 03 88 55 - 77 97 99

 info@npd-mv.de



WER SIND DIE JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN?

Bei der JN handelt es sich um die Jugendorganisation unserer Partei, in der man ab dem 14. Lebensjahr mitwirken kann.

Schwerpunkt der Jugendarbeit sind Wanderfahrten, Vortragsnachmittage, Sportveranstaltungen, Zeltlager und natürlich politische Aktionen.

Die JN unterhalten in Mecklenburg mehrere Stützpunkte (Kleingruppen), welche sich zu gemeinsamen Veranstaltungen zusammenfinden.



Vielleicht gibt es auch in der Nähe Ihres Wohnortes ein Gruppe.

Kontakt zur JN bekommen Sie hier:

**JN - Mecklenburg & Pommern
Grüner Weg 5a
23936 Grevesmühlen**

 www.jn-mup.de

 bgst@jn-buvo.de